

Für Sie im Landtag –

Für Sie vor Ort

Ausgabe Februar 2013



**Sabine
Bächle-Scholz
MdL
informiert**

CDU



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

heute erhalten Sie die erste Ausgabe meines Newsletters im neuen Jahr.

Das Jahr 2013 verspricht aufregend und interessant zu werden. Mit zeitgleich stattfindenden Wahlkämpfen zum Bundestag und zum Hessischen Landtag am 22.09.2013 haben wir uns viel vorgenommen.

In meinem Wahlkreis gilt es die guten Ergebnisse der letzten Landtagswahl zu wiederholen und für Dr. Jung erneut und für mich zum ersten Mal den direkten Einzug in die Parlamente zu erlangen.

Hierfür werde ich mich einsetzen und bin sicher, mit Ihrer Hilfe diese Ziele erreichen zu können.

Sie sind herzlich eingeladen, jederzeit mit mir ins Gespräch zu kommen und meiner Arbeit bei Facebook zu folgen .

Herzliche Grüße,

Sabine Bärle - Soratz

IN DIESER AUSGABE

- Kinderförderungsgesetz stellt Kinder in den Mittelpunkt (S. 3)
- Mehr Geld für Schwangerschaftskonfliktberatung (S. 4)
- „Wahlfreiheit statt Einheitsbrei!“ – Rückkehr zu G9 oder Fortsetzung von G8 muss den Schulen überlassen sein (S. 5-6)
- Kreisparteitag (S. 7)
- Kreis Groß-Gerau Modellregion für UN-Behindertenrechtskonvention (S. 8)
- Impressionen (S. 9-10)
- Termine

Hessisches Kinderförderungsgesetz stellt die Kinder in den Mittelpunkt“

Jährlich 424,5 Millionen Euro pro Jahr für Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung

Für uns steht das Wohl der Kinder im Mittelpunkt. Es geht nicht um eine reine Betreuung sondern um frühkindliche Bildung. Das wird mit dem Gesetzentwurf für das Hessische Kinderförderungsgesetz deutlich. Mehr Qualität, mehr Mittel und bessere Rahmenbedingungen werden gegeben“, erklärte die Landtagsabgeordnete Sabine Bächle-Scholz (CDU). *Der Gesetzentwurf wurde von den Fraktionen von CDU und FDP in den Hessischen Landtag eingebracht.*

Bereits in den vergangenen Jahren wurden die Mittel für frühkindliche Bildung kontinuierlich erhöht. Das Land zahlt ab 2014 durchschnittlich 424,5 Millionen Euro an die Kommunen und freien Träger (Zum Vergleich: im Jahr 2012 waren es noch 355,8 Millionen Euro und 1999 lag der Betrag bei 74,5 Millionen Euro). Damit gibt es vom Land so viel Geld wie noch nie für Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung.

„Wenn es um die Betreuung unserer Kleinsten geht, steht eine hohe Qualität im Vordergrund, und das spiegelt sich auch in unserem Gesetzentwurf wider. Der Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0-10 Jahren (BEP) erfährt große Anerkennung. Über eine qualitätsorientierte Förderkomponente für Einrichtungen, die nach dem BEP arbeiten, wird die Qualität in der Kinderbetreuung von ihrem schon heute hohen Niveau aus für die Zukunft noch weiter gestärkt. Zudem bekommen die Träger mehr Flexibilität hinsichtlich der Organisation der Einrichtungen. Der Fachkraftkatalog wird auch für nichtpädagogische Berufsgruppen geöffnet. Um bei aller Flexibilität die Qualität weiterhin sicherzustellen, gelten klar formulierte Voraussetzungen für deren Einsatz. Ob diese Voraussetzungen vorliegen, prüft das örtliche Jugendamt“, so die Abgeordnete Bächle-Scholz. ***Mit der Öffnung des Fachkraftkatalogs soll beispielweise Kinderkrankenschwäger oder Logopäden die Möglichkeit gegeben werden, in den Einrichtungen zum Einsatz***

kommen. Hierdurch können, je nach dem pädagogischen Konzept, Teams gebildet werden.

„Durch das Gesetz werden neue Anreize für Qualität in der frühkindlichen Bildung geschaffen. Neben der Stärkung des BEP gibt es auch eine bessere Ausstattung für Einrichtungen in denen viele Kinder mit Migrationshintergrund oder aus Familien mit einem niedrigen Einkommen betreut werden. Zudem wird die Pauschale für Kinder mit Behinderung erhöht. Mit dem Hessischen Kinderförderungsgesetz bringen wir ein zukunftsweisendes Gesetz auf den Weg. Das Wohl der Kinder, die Wahlfreiheit der Eltern und möglichst gute Umsetzbarkeit für die Träger stehen dabei im Mittelpunkt“, erklärte Bächle-Scholz.

Mehr Geld für Schwangerschaftskonfliktberatung

Landesregierung stockt Mittel für Beratungsstellen auf

Die vom Land für die Schwangerschaftskonfliktberatung bereitgestellten Mittel für 2013 werden erhöht.

Nach dem bundesrechtlichen Schwangerschaftskonfliktgesetz haben die Länder dafür Sorge zu tragen, dass je 40.000 Einwohner eine Beraterin oder ein Berater in den Beratungsstellen zur Verfügung steht. Beratungsstellen bieten allgemeine Beratungen zu Sexualaufklärung, Verhütung, Familienplanung und Schwangerschaft sowie Schwangerschaftskonfliktberatung an. Die Beratung erfolgt in Hessen durch freie und kommunale Träger sowie durch ärztliche Beratungsstellen. Die freien Träger werden je Beratungspersonalstelle pauschaliert gefördert. Kommunalen Trägern und ärztlichen Beratungsstellen erstattet das Land eine Pauschale je Beratungsfall. Den Beratungsstellen ist hierbei eine öffentliche Förderung sind hierbei 80 % der Personal- und Sachkosten zu erstatten. Zentrale Zielsetzung der Gesetzesänderung in 2011 war es, die Pauschale bei freien Trägern ab 2012 für die folgenden fünf Jahre auf durchschnittlich 65.000 Euro pro Jahr und Stelle festzuschreiben und ab 2012 eine Koppelung an den Tarifvertrag für das Land Hessen vorzunehmen, die eine dynamische Anpassung brachte. Für Erstattung bei den kommunalen Trägern wurde leicht von 59,00 Euro auf 59,50 Euro erhöht.

Hinzu kam ein einmaliger Zuschlag in Höhe von 5.000,00 Euro pro Beratungspersonalstelle. Damit sollte die sozialverträgliche Rückführung der Höhe der Pauschalen sichergestellt werden.

„Nachdem nun viele Träger auch in den Förderjahren 2013 und 2014 Probleme haben, ihre Kosten entsprechend den Förderpauschalen zu steuern, soll den Beratungsstellen freier Träger in 2013 und 2014 eine zusätzliche Pauschale als freiwillige Leistung nach Maßgabe des Haushaltsplans gewährt werden“, berichtet die Abgeordnete. Diese zusätzliche Pauschale betrage in 2013 bis zu 2.700,00 Euro und in 2014 bis zu 1.100,00 Euro pro geförderter Beratungspersonalstelle.

„Diese freiwillige und zusätzliche Förderpauschale ist ein richtiger Schritt der CDU-FDP Landesregierung. Die Arbeit der Beratungsstellen ist außerordentlich wichtig und ihre finanzielle Leistungsfähigkeit muss sichergestellt sein. Auch in Zeiten knapper Kosten, dürfen wir diesen Baustein unseres Sozialsystems nicht vernachlässigen“, lobte Bächle-Scholz die Entscheidung.



„Wahlfreiheit statt Einheitsbrei!“ – Rückkehr zu G9 oder Fortsetzung von G8 muss den Schulen überlassen sein

„Die Einführung der Wahlfreiheit bei der Rückkehr zu G9 oder die Fortführung von G8 durch den Ministerpräsidenten Volker Bouffier hat sich bewährt“, sagte Bächle-Scholz. Zum kommenden Schuljahr wird rund die Hälfte der Gymnasien zu G9 zurückkehren und die andere Hälfte bei G8 bleiben.



„Wie ich in meiner Bewerbungsrede anlässlich des Kreisparteitags ausgeführt habe, halte ich es für wichtig, den Schulen größtmögliche Freiheit zu belassen. Sie kennen die örtlichen Bedürfnisse und können diesen flexibel entgegen kommen. Die SPD-Pläne einer Einheitsschule, bei denen jede Schule und jeder Schüler über einen Kamm geschoren und das Niveau auf dem niedrigstmöglichen Niveau nivelliert wird schadet der leistungsorientierten und leistungsgerechten Schullandschaft in Hessen. Durch die Freiheit G8 oder G9 zu führen, wird den Schulen ein weiterer

wichtiger Baustein hierfür geschaffen“.

In Abstimmung mit den Eltern, Lehrern, Schülern und Schulträgern können die Gymnasien zum kommenden Schuljahr die gymnasiale Organisationsform ihrer Wahl umsetzen. Mit den verschiedenen Wahlmöglichkeiten der Gymnasien sowie den alternativen Schulformen der Kooperativen und Integrierten Gesamtschulen wird somit eine breite und bundesweit einzigartige Angebotsvielfalt gewährleistet. Die Ausgestaltung der Wahlfreiheit für Gymnasien steht dabei in der bewährten und guten Tradition einer Schulpolitik der CDU-geführten Landesregierung, die nicht auf engstirnige und ideologisch motivierte Konzepte setzt, sondern mit einem Höchstmaß an Sensibilität und Augenmaß durch differenzierte und ausgewogene Lösungsansätze auf die regional unterschiedlichen Bedürfnisse der Schulgemeinden reagiert“, so Bächle-Scholz.

Die SPD werde nicht müde, noch immer ihre rückständigen Pläne zur Umsetzung einer sozialistischen Einheitsschule mit Einheitslehrplänen und Einheitsstudententafeln zu propagieren. Dabei ignoriere sie den Willen von Eltern, Kindern und Schulen. Die Eltern wissen, welches Maß an Förderung und Forderung richtig für ihr Kind ist.

Die Partei, so Bächle-Scholz habe eben nicht immer recht, sondern die Menschen sollen selbst entscheiden, was für sie richtig sei. Hierfür stehe die offene Schulpolitik der CDU mit einem Höchstmaß an Freiheit.

Wie wichtig dies sei, sehe man auch daran, dass alle Gymnasien in Rüsselsheim vorerst bei G8 bleiben würden. „Sie haben entschieden, in Ruhe die Erfahrungen anderer zu beobachten, um dann eine fundierte Entscheidung treffen zu können. Dies zeigt die eigenverantwortliche Verwaltung gebiert die besten Lösungen“, so Bächle-Scholz abschließend.

Schulvielfalt im Kreis Groß-Gerau

Ort	Name	Schulform
Ginsheim-Gustavsburg	Georg-August-Zinn-Schule	Förderschule
Ginsheim-Gustavsburg	IGS Mainspitze	IGS
Kelsterbach	Karl-Krolopper-Schule	Förderschule
Kelsterbach	IGSK	IGS
Raunheim	Anne-Frank-Schule	IGS
Rüsselsheim	Werner-Heisenberg-Schule	Berufsschule
Rüsselsheim	Borngrabenschule	Förderschule
Rüsselsheim	Helen-Keller-Schule	Förderschule
Rüsselsheim	Gustav-Heinemann-Schule	Gymnasiale Oberstufe
Rüsselsheim	Neues Gymnasium	Gymnasium
Rüsselsheim	Max-Planck-Schule	Gymnasium
Rüsselsheim	Immanuel-Kant-Schule	Gymnasium
Rüsselsheim	Parkschule	Haupt- und Realschule
Rüsselsheim	Immanuel-Kant-Schule	Haupt- und Realschule / Förderstufe
Rüsselsheim	Gerhart-Hauptmann-Schule	Haupt- und Realschule / Förderstufe
Rüsselsheim	A.-v.-Humboldt-Schule	IGS
Rüsselsheim	Dr. Obermayr Europa-Schule	Realschule
Trebur	Mittelpunktschule	Haupt- und Realschule / Förderstufe

Gewählt als Ihre Kandidatin

Dank und Ansporn

Ich muss zugeben, als am Morgen des 26. Januars die Kreisdelegiertenversammlung der CDU zusammentrat, um den oder die Landtagskandidatin im Wahlkreis 47 zu bestimmen, war ich nervös.

Mit Thorsten Weber, dem Kreisgeschäftsführer und Parteivorsitzenden aus Rüsselsheim hatte ein ernstzunehmender Gegner seinen Hut in den Ring geworfen.

Dennoch war ich zuversichtlich, war ich mir doch sicher, in der kurzen Zeit, in der ich als Patrick Burghardts Nachrückerin im Landtag aktiv war, meine Arbeit gut und zum Wohl der Menschen in unserem Kreis gemacht zu haben.

In den Wochen und Monaten vor dem Parteitag hatten mir viele Mitglieder der CDU und Bürger ihr Vertrauen ausgesprochen und mich auf meinem Weg bestärkt.

Als dann viele Vorsitzende von Verbänden und Vereinigungen ihre Wahlempfehlung zu meinen Gunsten abgaben, wusste ich mich auf einem guten Weg.

Das nachfolgende Votum war eindeutig und unmissverständlich. Eine überwältigende Mehrheit der CDU-Mitglieder in unserem Wahlkreis sprach mir das Vertrauen aus und erklärte damit, dass sie mir zutrauen, diesen Wahlkampf direkt für unsere CDU und alle Menschen in ihm zu gewinnen.

Patrick Burghardt hinterlässt mit seinem Direktmandat große Fußstapfen, in die ich nun treten werde.

Eines kann ich Ihnen versprechen, Patricks Füße mögen größer sein, meine Schritte werden aber genauso weit reichen.

Bis wir am 22. September gemeinsam anstoßen und unseren Wahlsieg feiern können, liegt noch ein weiter Weg vor uns. Ein Weg, auf dem ich auf Ihre Hilfe, Ihre Ideen und Ihr Engagement angewiesen bin. Diesen Weg möchte ich mit Ihnen gemeinsam gehen.

Lassen Sie es uns gemeinsam anpacken und diesen Wahlkreis verteidigen!

Die Gegenkandidaten von SPD und Grünen sind respektable Persönlichkeiten, die sicher aus ihrem Blickwinkel ebenfalls das Beste für die Menschen in unserem Kreis anstreben wollen. Doch sollten wir eines nie aus den Augen lassen. Die beste Arbeit für die Menschen in unserem Kreis, unserem Hessenland und in ganz Deutschland macht die CDU.



Damit wir diese gute Arbeit fortsetzen können, müssen wir kämpfen und ich verspreche Ihnen, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, wird dieser Kampf auch von Erfolg gekrönt sein.

Foto: Detlef Volk

Menschen mit Behinderung voll in unsere Gesellschaft integrieren

Kreis GG ist Modellregion für UN-Behindertenrechtskonvention

Wiesbaden. Der Hessische Sozialminister Stefan Grüttner unterzeichnete heute mit insgesamt sechs Landkreisen und Städten die Zielvereinbarungen zur Einrichtung von Modellregionen, die Teil des Landesaktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Hessen sind. „In den Modellregionen soll mit unterschiedlichen Projekten jeweils ein Schwerpunkt des Landesaktionsplanes zum Thema Barrierefreiheit umgesetzt werden“, erklärte Sozialminister Grüttner. Eine Umwelt, in der Barrieren abgebaut werden, diene nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern der gesamten Gesellschaft. Sozialminister Grüttner appellierte daher: „Ich fordere alle in der Gesellschaft auf, sich aktiv an dem angestoßenen Prozess zu beteiligen, diskriminierungsfreie Lebensumstände zu schaffen. Dazu gehört es auch, die noch bestehenden ‚Barrieren in den Köpfen‘ zu beseitigen.“

Die Abgeordnete des Wahlkreises 47 (Groß-Gerau Nord), Sabine Bächle-Scholz (CDU) hob besonders hervor, dass der Kreis Groß-Gerau eine dieser Modellregionen ist. „Der Kreis beteiligt sich hier an einem guten und wichtigen Projekt. Menschen mit Behinderung werden leider immer noch viel zu häufig ausgegrenzt und insbesondere auf dem Arbeitsmarkt nur als zweite Wahl wahrgenommen. Es macht mich stolz, dass genau in diesem Feld im meinem Wahlkreis Pionierarbeit geleistet wird“, stellte die Abgeordnete heraus .

Bei dem Ziel, den Abbau bestehender Barrieren voranzutreiben, gebe es einen großen Konsens, hob Grüttner hervor „Es ist ein besonderes Anliegen der Hessischen Landesregierung gewesen, mit dem Landesaktionsplan die Möglichkeit zu schaffen, die vielfältigen Herangehensweisen der Kommunen an das Thema Barrierefreiheit zu unterstützen und für alle sichtbar zu machen“, so der Sozialminister weiter. „Durch die konkrete Erprobung in den Modellregionen werden nun Möglichkeiten zum Abbau noch bestehender Barrieren geschaffen und erprobt“, erklärte Grüttner. Der Sozialminister betonte, dass die Hessische Landesregierung im Doppelhaushalt 2013/2014 zur Unterstützung der Umsetzung des Landesaktionsplans eine Million Euro zur Verfügung stelle. „Damit werden auch die Modellregionen in den kommenden Jahren mit durchschnittlich 100.000 Euro im Projektzeitraum von zwei Jahren gefördert.“ Die Schwerpunktsetzungen der einzelnen Kommunen seien mit der Hessischen Landesregierung abgestimmt und nun in Zielvereinbarungen zwischen den Gebietskörperschaften und der Hessischen Landesregierung festgehalten. „Ganz wichtig war uns, dass bei der Umsetzung der Projekte alle erforderlichen Akteure und insbesondere die Verbände und Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen eingebunden werden.“ Der Sozialminister kündigte an, dass die Ergebnisse aus den Projekten in den Modellregionen durch das Hessische Sozialministerium aufbereitet und veröffentlicht werden. „So stehen sie dann allen Interessierten zur Verfügung“, unterstrich Grüttner.

Modellregion Landkreis Groß-Gerau: (**Schwerpunkt:** Passgenaue Vermittlung in Arbeit) Der Landkreis entwickelt und fördert transferfähige, nachhaltige Strukturen und Prozesse für die Integration in Ausbildung, Beschäftigung und Erwerbsarbeit für Menschen mit Behinderungen. Dabei geht es vor allem um die Entwicklung einer passgenauen Vermittlung. Das Persönliche Budget gemäß § 17 SGB IX soll hierbei ebenso genutzt und für den Bereich der Integration in Arbeit weiter entwickelt werden, wie andere Maßnahmen. Insgesamt stellt sich der Landkreis Groß-Gerau damit der Aufgabe die Träger der Rehabilitation nach den Sozialgesetzbüchern SGB II, SGB II, SGB V, SGB VI, SGB VIII und SGB IX zu vernetzen.



IMPRESSIONEN



Besucher aus dem Wahlkreis zu Gast im Landtag

Tag der Offenen Tür der Werner-Heisenberg-Schule, Rüsselsheim



Herzlichen Glückwunsch dem neuen Bürgermeister von Büttelborn – Andreas Rotzinger!



Neujahrsempfang der CDU Bischofsheim mit Ingrid Sehrbrock



Politischer Aschermittwoch des Kreises mit Dr. Jung MdB



Verleihung des Mittelstandspreises der MIT an Denny Kunkel

IMPRESSIONEN



KFK Fastnacht Nauheim
Erkennen Sie den
Bürgermeister?

Gardetag in Rüsselsheim mit OB Burghardt



Nürrischer Seniorennachmittag in Kelsterbach



Umzug in Bischofsheim



Schwarze Elf in Rüsselsheim



Treffen mit der Schulleiterin des Neuen
Gymnasiums, Rüsselsheim, Frau Wechselberger

TERMINE viel getan – viel zu tun

März

Stand 20.02.13

- | | | |
|------------|--|----------------------|
| 1. | Jugendsportlerehrung | Rüsselsheim |
| 2. | CDU Hessen Mitdenkforum | Rüsselsheim |
| 3. | Besichtigung Commerzbankarena | Frankfurt |
| 4. | Besuch Hochschule Rhein-Main | Rüsselsheim |
| | Vorstandssitzung Seniorenunion | Groß-Gerau |
| | Bürgersprechstunde | Kreisgeschäftsstelle |
| 6. | Holzpelletanlage | Raunheim |
| | Besichtigung Vitos Kliniken | Riedstadt |
| | Bezirksvorstand CDU | Alsbach-Hänlein |
| 7. | Sozialausschuss | Wiesbaden |
| | Stammtisch zum Thema | Bischofsheim |
| | Kinderförderungsgesetz mit Minister Grüttner | |
| 11. | Gespräch mit HJR | Wiesbaden |
| 12. | CDU-Landtagsfraktion | Wiesbaden |
| | LWV-Fraktion | Kassel |
| | CDU Kreisvorstand | Kreisgeschäftsstelle |
| 13. | Sozialpolitischer Ausschuss Kreistag | Groß-Gerau |
| 15. | BKK Innovationspreis | Frankfurt |
| | Feierstunde Landesehrenbriefe | Groß-Gerau |
| | Kreissportlerehrung | Mörfelden |
| 16. | Landesvorstand Frauenunion | Wiesbaden |
| 17. | Nau´mer Hasenfest | Nauheim |
| 18. | Kreistag | Groß-Gerau |
| | CDA Kreisvorstand | Groß-Gerau |
| 19.-21.03. | Plenum | |
| | CDU-Landtagsfraktion | Wiesbaden |
| 20. | Plenum | Wiesbaden |
| | Besuchergruppe CDA Opel | Wiesbaden |
| 21. | Plenum | Wiesbaden |
| | Vorstand CDU Bischofsheim | Bischofsheim |
| 22. | Blutspende beim DRK | Nauheim |
| 25. | JHV HVV Ginsheim-Gustavsburg | Ginsheim |
| 28. | JHV Feuerwehr | Nauheim |